

ANFRAGE Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom 19. Juli 2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	27. Plenarsitzung Gemeinderat 20.09.2011 833 14 b öffentlich
Bürgerhaushalt - Bürgerbeteiligung		

- A. Nachdem der Zeitgeist in der baden-württembergischen Landeshauptstadt für mehr Bürgernähe gereift ist, stellt sich die Frage:
Inwieweit sind wir in Karlsruhe (ist die Stadtverwaltung) bereit, einen „Bürgerhaushalt“ nach einem ähnlichen Modell wie von Stuttgart zu etablieren?
- B. Es gab in Karlsruhe bereits mehrere Anläufe zum Thema Bürgerhaushalt, leider ohne Erfolg.
Warum scheiterten die bisherigen Anläufe der Stadtverwaltung?
Welches waren die Ursachen?
- C. Welche Voraussetzungen müssen nach der Meinung der Stadtverwaltung geschaffen werden, um ein solches Instrument in Karlsruhe zum Erfolg zu führen?

Sachverhalt/Begründung:

Der Bürgerhaushalt ist das erfolgreichste Partizipationsinstrument der letzten 15 Jahre. In Brasilien und Neuseeland entstanden, breitete sich diese Form der Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren gleichzeitig in mehreren Ländern Europas aus. Vom Jahr 2001 bis 2005 stieg die Zahl der Beispiele von sechs auf über 50 an. Dazu gehören sowohl Großstädte wie das über siebenhunderttausend Einwohner zählende Sevilla in Andalusien oder Bezirke der europäischen Hauptstädte London, Paris, Rom und Berlin als auch Hilden, Trier, Köln und Freiburg im Breisgau.

Jüngstes Beispiel ist aber die baden-württembergische Landeshauptstadt, die ein Projekt ins Leben gerufen hat, dessen Ziel es ist, ihre Bürger direkt in die Haushaltsberatungen von Stuttgart einzubinden.

Dass von Seiten der Landesregierung eine Bürgerbeteiligung bei Haushaltsfragen explizit erwünscht ist, unterstreicht Karl Reif, Finanzreferent beim Gemeindetag Baden-Württemberg (Artikel in den BNN „Start für Bürgerhaushalt“ vom 05/07/2011).

Die baden-württembergische Gemeindeordnung sieht zwar vor, dass das alleinige Entscheidungsrecht bei den Gemeinderäten liegt. In Stuttgart können aber nun Bürger via Internet ausgaben- oder einnahmenbezogene Vorschläge machen und diese diskutieren sowie bewerten.

Die Vorschläge, die am Ende einer Abstimmungsphase in der Rangliste vorne stehen, werden vom Gemeinderat beraten.

Das Ziel ist eine stärkere Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.

Es geht nicht darum, Geld zu sparen, sondern darum, die vorhandenen knappen Mittel gerechter zu verteilen und für mehr Planungssicherheit zu sorgen.

unterzeichnet von:

Eduardo Mossuto

Jürgen Wenzel

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

9. September 2011